A-5-001: Freiheit sichern: Gegen den autoritären Umbau!

Antragsteller*innen Valentin Bruch, Sophie Scheller, Dominik Hüsener und Michael Dappen

Titel

Ändern in:
Freiheit sichern, Vertrauen stärken: Sicherheitpolitik für Alle

Antragstext

Die Debatte um Sicherheit und staatliche Durchsetzungsfähigkeit nimmt in unserem Land eine große Bedeutung ein und darf nicht allein konservativen Kreisen überlassen werden. Uns ist wichtig, in dieser Debatte unsere Grundwerte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten stets mitzudenken.

Die Polizei ist Trägerin des staatliches Gewaltmonopol und hat damit eine große Verantwortung. Dies ist notwendig, um in einer freien Gesellschaft mit den unvermeidlichen Konflikten zwischen Menschen umzugehen.

Damit werden aber auch Verfehlungen oder Einstellungen, die nicht zu den Grundwerten unserer Gesellschaft passen, bei Polizist*innen in jedem einzelnen Fall zu einem großen Problem, da sie auf den Staat zurückfallen, für den die Beamt*innen das Gewaltmonopol ausüben. Nur besser als der Durchschnitt der Bevölkerung zu sein, reicht für die Polizei also nicht aus und sollte nicht der Anspruch sein.Eine Gesellschaft braucht Vertrauen in die Institution des staatlichen Gewaltmonopols. Es ist dabei im Interesse der Polizist*innen, dieses Vertrauen durch die transparente und unabhängige Aufarbeitung von Verfehlungen und Verdachtsfällen zu stärken. Das erfordert auch, dass die zahlreichen Fälle von Polizeigewalt gegen People of Color und Linke, sowie die schwer zu überblickende Zahl an rechten Chatgruppen, die gerade bundesweit auffliegen, umfangreich untersucht und aufgeklärt werden.

Der Einsatz staatlicher Gewalt muss eng kontrolliert werden, Fehlverhalten muss zu spürbaren Konsequenzen führen, und Racial Profiling und anderen Diskriminierungen die Grundlage entzogen werden. Dafür braucht es unabhängige Ermittlungsstellen,

Polizeibeauftragte bei den Parlamenten und eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht für alle Einheiten. Betroffene von Racial Profiling sollen übermäßige Kontrollen durch Einführung eines verpflichtenden Ticket-Systems nachweisen können. Außerdem braucht es eine völlig neue Aus- und Weiterbildung, die sich an diskriminierungsfreiem Handeln, Kommunikation, Deeskalation und Konfliktprävention orientiert.

Die Antwort der Politik auf ein lauter geäußertes Gefühl von Unsicherheit in der Bevölkerung darf nicht nur die Polizei und deren Befugnisse betreffen. Eine sicherere Gesellschaft erreichen wir durch mehr Solidarität und weniger Ungleichheit, und nicht durch das Auftreten als starke, drohende Staatsmacht. Mit Blick auf die Polizei muss zunächst sichergestellt werden, dass ausreichend Personal vorhanden ist, um Stress auf dieser Seite soweit möglich zu vermeiden. Die eigentliche Antwort auf gesellschaftliche Verunsicherung muss jedoch tiefer ansetzen und als Teil des Strebens nach einer gerechteren Gesellschaft verstanden werden.

Es ist gut und trägt zum Vertrauen in die Polizei bei, dass Polizeiarbeit und geheimdienstliche Arbeit getrennt sind. An der institutionellen Trennung von Inlandsgeheimdienst und Polizei ist, auch aufgrund der historischen Erfahrungen in Deutschland, festzuhalten. Alle Versuche, den deutschen Inlandsgeheimdienst, den Verfassungsschutz, zu reformieren, sind gescheitert. An einer Auflösung der Verfassungsschutzämter führt daher kein Weg vorbei. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass die Polizei sich gezwungen sieht, deren Aufgaben zu übernehmen.

Dass eine Inlandsaufklärung nötig ist, zeigt leider die Bedrohung der Bevölkerung durch rechtsextremen, islamistischen, oder anderen wahnsinnigen Terrorismus. Es sollte immer das Ziel einer Gesellschaft sein, den Inlandsgeheimdienst überflüssig zu machen, indem mit Bildung, Präventionsarbeit, einer funktionierenden, solidarischen Gesellschaft und Aufmerksamkeit für psychische Anfälligkeit für extremistische Propaganda jede Radikalisierung verhindert wird. Es wäre jedoch das falsche Signal, die Inlandsaufklärung vollständig zu beenden, ohne dieses Ziel zumindest annähernd erreicht zu haben.

Deshalb ist eine gut kontrollierte Alternative zum Verfassungsschutz notwendig. Gute Kommunikation mit anderen staatlichen Organisationen ist dabei ebenso notwendig wie eine klare und transparente Definition der Aufgaben und Ziele der Inlandsaufklärung. Wir brauchen eine grundlegend neu gedachte Behörde, die mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeitet und ihrem Hauptziel, dem Schutz vor Terror, nachkommt. Zugleich ist zivilgesellschaftliches Engagement gegen Extremismus, insbesondere gegen Rechtsextremismus, stärker zu fördern.

Bei allem staatlichen Handeln wie auch bei der Diskussion über unsere Sicherheit dürfen die Grundwerte dieser Gesellschaft nie außer Acht gelassen werden. Das betrifft auch die europäische Innenpolitik und das Vorgehen Europas an seinen Außengrenzen. Eine Staatengemeinschaft, die auf Menschenrechten und demokratischen Werten aufbauen will, darf diese Werte nicht an den Außengrenzen ignorieren oder nur auf die eigenen Bürger*innen beschränken.

Europas Regierungen schotten sich zunehmend ab und verfolgen die, die sich für die Rettung der Menschenrechte engagieren: Seenotrettungsschiffe werden festgesetzt, NGOs, die illegale Pushbacks an den Außengrenzen dokumentieren, werden verfolgt und der Zugang zu menschenunwürdigen Massenlagern wird mehr und mehr eingeschränkt. Die Schande von Moria ist dabei nur der vorläufige Höhepunkt einer menschenverachtenden Entwicklung, an der sich auch die Bundesregierung eifrig beteiligt: Statt geltendes Recht anzuwenden und denen, die nicht zuletzt unter unserer Wirtschaftsweise leiden und vor den Folgen von Umweltzerstörung fliehen müssen, eine menschenwürdige Unterkunft zu ermöglichen, werden immer neue Vorwände gefunden, um Geflüchtete abzuwerten, sie in Elendslagern an den Außengrenzen wegzusperren oder sie im Mittelmeer ertrinken zu lassen. Die unaufhörlich steigende Zahl von Menschen auf der Flucht ist das vielleicht sichtbarste Symptom der globalen Ungleichheit. Wenn wir unsere Menschenrechte aufgeben, um diesen Menschen nicht helfen zu müssen, dann verlieren wir alles.

Stattdessen braucht es eine sofortige Evakuierung und Schließung aller Lager und eine solidarische Geflüchtetenpolitik, die Fliehenden neue Perspektiven schafft. Es braucht ein neues und klimagerechtes Wirtschaftssystem, das die Krisen unserer Zeit löst, statt sie weiter zu verschärfen und die Leidtragenden dieser Krisen zu bekämpfen.

Der herrschenden Politik der Angst, Überwachung, Abschottung und Härte stellen wir eine radikal emanzipatorische Gesellschaft entgegen, die die menschliche Würde und Freiheit in den Mittelpunkt stellt.

Begründung
Der Änderungsantrag ist eine Globalalternative für den gesamten Antrag.
Der bisherige Antragstext enthält Kritik an der Polizei, die in der Formulierung so gehalten ist, dass sie leicht als ablehnende Haltung gegenüber der Polizei als Institution oder als pauschale Kritik an allen Polizist*innen verstanden werden kann. Eine solche Botschaft möchten wir vermeiden. Statt uns auf emotionale Kritik zu beschränken und eine fragwürdige Kontinuität zum Totalitarismus früherer Zeiten zu konstruieren (ein Problem, das lange bestand, heute aber nicht mehr relevant ist),

sollten wir uns auf konstruktive Kritik und Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte konzentrieren. Beides stand uns im ursprünglichen Antragstext zu wenig im Fokus. Mit unserer Globalalternative definieren wir die Rolle der Sicherheitsorgane und zeigen die Notwendigkeit für Veränderungen in diesen auf. Dafür richten wir den Blick nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft und legen dar, warum eine umfangreiche und transparente Kontrolle von Sicherheitsbehörden notwendig ist. Die im ursprünglichen Antrag angedeutete Angst vor einem "autoritären Umbau" halten wir, auf Deutschland bezogen, für übertrieben.
Wir bitten euch, diesem alternativen Antragstext zuzustimmen und damit zu zeigen, dass wir uns nicht als Gegner*innen der Polizist*innen, sondern als deren Verbündete im Kampf für eine demokratische und offene Gesellschaft sehen.